

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Stadtverordnete, meine Damen und Herren,

Heute bringe ich den 1. Nachtragshaushalt 2011 und den Haushalt 2012 ein.

Auch der nicht an wirtschaftlichen Fragen Interessierte hat erfahren müssen, dass die internationalen und nationalen Finanzmärkte verunsichert sind. Die Insolvenz ganzer Staaten steht zur Diskussion.

Aber auch die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind in schwieriger Verfassung. Unser Finanzminister Herr Schäfer erklärt, dass die Steuereinnahmen sprudeln würden, aber im hessischen Haushalt türmen sich weiter die Defizite –wie auch bei den Kommunen – lassen wir Eschborn mal außen vor.

Zu diesem Thema hat vor einigen Tagen eine gemeinsame Pressekonferenz mit den Kämmerern von Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach stattgefunden. Auch wenn unsere Einnahmesituation besonders schlecht ist, so vermissen doch auch meine Kollegen die versprochenen Ertragssteigerungen. Immer weniger Städte und Gemeinden können einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Zwischen Bund, Land und Kommunen besteht ein Verteilungskampf, bei dem die Kommunen als nachgeordnete Ebene des Landes nicht selten das Nachsehen haben.

Ich werde nun zunächst wie gewohnt chronologisch mit dem **Nachtragshaushalt 2011** beginnen.

Der **Ergebnishaushalt**

weist ein Jahresdefizit von **72 Mio. €** aus, also **2,4 Mio. €** weniger als ursprünglich geplant. Wie in jedem Jahr wurden im Nachtrag die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt.

Die **ordentlichen Erträge**

steigen um **9,3 Mio. €** auf **283,6 Mio. €**. Leider steigen auch die Aufwendungen: um **6,5 Mio. €** auf **340,4 Mio. €**. Lassen Sie mich kurz die **5** wesentlichsten im Nachtragshaushalt geänderten Positionen nennen, es sind zunächst 3 größere und danach noch 2 kleinere Positionen:

Position 1: Nach den bisherigen Eingängen haben wir die Gewerbesteuer um **4 Mio. €** auf **52 Mio. €** erhöhen können.

Position 2: Vom Bund wurde die Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende um **5,2 Mio. €** erhöht, darin enthalten sind die Zuwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket.

Position 3: Auf der Ausgabenseite sind für das Bildungs- und Teilhabepaket **2,9 Mio. €** vorgesehen, außerdem die Einstellung von 5 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern bei der MainArbeit.

Position 4: Der LWV erhöht seine Umlage im Jahr 2011 um **0,6 Mio. €**, den gleichen Betrag müssen wir für gestiegene Pflegekosten bei der Heimerziehung einplanen.

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Position 5: Auch die Grundsicherung wird teurer: um **0,5 Mio. €**.

Nun zu den **Finanzerträgen**: wir erwarten **0,5 Mio. €** mehr Nachzahlungszinsen.

Auf der Ausgabenseite rechnen wir mit höheren Zinsaufwendungen von **1,0 Mio. €**.

Aufgrund der Kreditaufnahme für die Eigenkapitalstärkung des Klinikums sowie aufgrund der Umschuldung von Kassenkrediten steigen die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit um **63,3 Mio. €** auf **121,2 Mio. €**.

Nun lassen Sie mich auf die vom **Regierungspräsidenten geforderte Einsparung von 6,5 Mio. €** zu sprechen kommen. In dem Ihnen heute vorgelegten Haushalt ist diese noch nicht eingerechnet. Hierüber werden Sie im Rahmen der Änderungsliste befinden. Einen Vorschlag hierzu werde ich Ihnen vorlegen.

Die zwei größten Posten meiner Vorschlags- bzw. Streichliste sind:

- Die Kürzung bei der Sanierung, Unterhaltung und Reparatur von Gebäuden um **3,2 Mio. €** und
- Die Kürzung beim Zuschuss für Kitas um **2,0 Mio. €**.

Dazu kommen aus allen Bereichen weitere, auch kleinere Kürzungen.

Der Ergebnishaushalt wird sich somit verbessern, aber leider immer noch ein Minus von **65,5 Mio. €** betragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so viel zum Nachtragshaushalt 2011.

Ich komme jetzt zum **Haushaltsplan 2012-** und beginne wieder mit dem **Ergebnishaushalt**.

Für das Haushaltsjahr 2012 erwarten wir ordentliche Erträge in Höhe von **284,3 Mio. €**. Dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von **348,2 Mio. €** gegenüber. Hinzu kommen Finanzerträge von **4,2 Mio. €** und Aufwendungen für Zinsen von **24,2 Mio. €**. Somit werden wir das Haushaltsjahr 2012 mit einem von Fehlbetrag von **83,8 Mio. €** abschließen.

Leider stagnieren unsere Erträge im Vergleich zum Nachtrag 2011, während die Aufwendungen wieder signifikant steigen. Bei den Einnahmen werden die erwarteten Steuererträge im kommenden Jahr bei insgesamt **120,2 Mio. €** liegen und damit **1,5 Mio. €** unter dem Nachtrag.

Zwar steigen die Erträge aus Transferleistungen vom Bund im Vergleich zum Nachtrag nochmals um **4,4 Mio. €**, dafür erhalten wir allerdings auch **2,2 Mio. €** weniger Zuschüsse vom Land, darunter **0,7 Mio. €** weniger Schlüsselzuweisung. Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus den Zahlungen des Bundes für die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Schlüsselzuweisung ist trotz Kürzung immer noch unsere größte Einnahmequelle. Für 2012 planen wir mit **70,0 Mio. €**. Ich habe mich bereits in der Vergangenheit sehr kritisch zu der Reduzierung des Landes von 360 Mio. € geäußert. Offenbach entgehen dadurch

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Einnahmen in Höhe von 6 Mio. €! Ich würde Ihnen gern Näheres zu der Ausgestaltung des hessischen Schuldenschirms für bedürftige Kommunen erzählen. Leider gibt es hierzu aber noch keine Ergebnisse.

Die zweit-wichtigste Einnahmequelle ist weiterhin unsere **Gewerbesteuer**. Wir haben im Nachtrag 52 Mio. € eingeplant. Ich hoffe, es bleibt dabei. Für 2012 planen wir jedoch bei der jetzigen Stimmungslage vorsichtig nur mit **50,0 Mio. €**.

Die drittgrößte Ertragsquelle bleibt die **Einkommensteuer**, die wir mit unverändert **42,3 Mio. €** vielleicht etwas optimistisch einplanen. Neben den Steuereinnahmen erhalten wir aus den vergebenen **Konzessionen** für Wasser, Strom und Gas **6,2 Mio. €**. Die Konzession für Gas, für die wir jährlich **250 T€** erhalten, läuft zum 31.12.2013 aus. Wir werden das Auslaufen des Vertrags wie rechtlich gefordert noch in diesem Jahr öffentlich bekannt geben. Im Haupt-, Finanz- und Ausschuss für Beteiligungen werde ich das Verfahren ausführlich vorstellen.

Nun komme ich zu den im Vergleich zum Nachtrag um rund **8,0 Mio. €** höheren Aufwendungen: Die 2 größten Positionen sind im Sozialbereich:

1. **Ein Plus von 4,5 Mio. €** für Aufwendungen für Zuweisungen, hier besonders die Zuschüsse für Kitas: Während früher die Sozialkosten die höchsten Steigerungsraten hatten, sind dies seit einigen Jahren die Kosten im Bereich der Kinderbetreuung. Der Rechtsanspruch, bis 2013 bedarfsdeckende Plätze zu stellen, hat dazu geführt, dass die Kosten seit 2006 von **19,0 Mio. €** um 13,3 Mio. € auf **32,3 Mio. €** gestiegen sind – mit den Kosten für die Tagespflege sogar auf **33,5 Mio. €**! Das ist eine Steigerung um 70 %!

Einerseits begrüße ich es sehr, dass in Offenbach mittlerweile 97 % der Über-Dreijährigen in den Kindergarten gehen. Andererseits können die Kommunen, kann Offenbach die damit verbundenen Kosten nicht allein schultern! So etwas ruiniert die Finanzen der Städte – und nicht nur die der armen!

2. **Ein Plus von 2,9 Mio. €** für Transferaufwendungen: sie steigen auf nunmehr **110,6 Mio. €**. Hierbei handelt es sich um die Aufwendungen im Bereich Soziales, Kinder und Jugend. Das Bildungs- und Teilhabepaket, das hier mit 3,5 Mio. € veranschlagt ist, hatte ich bereits beim Nachtrag angesprochen. Auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigt stetig. Der Bund beteiligt sich sukzessive mit höheren Prozentbeträgen (im Jahr 2012 mit 45%, im Jahr 2013 mit 75%) an den Kosten. Ab 2014 werden die Kosten dann vollständig vom Bund refinanziert. Der Bund setzt damit ein wichtiges und richtiges Zeichen.

An dieser Stelle möchte ich auf die Umlage des Landeswohlfahrtsverbands, kurz LWV, hinweisen, die ja auch eigentlich Transferzahlungen sind. Es geht dabei um die Erstattung der Aufwendungen des überörtlichen Sozialhilfeträgers. Sie steigen kontinuierlich und liegen mittlerweile bei **21,7 Mio. €**. Insgesamt betragen die sozialen Transferleistungen somit rund **132 Mio. €**.

Betrachtet man die Hauptausgaben im Sozialbereich insgesamt, also die Transferleistungen, die Umlage für den Landeswohlfahrtsverband und den Zuschuss an die Kindergärten, so ergibt dies eine Summe von **165,8 Mio. €**. Das sind 48 %, also fast die Hälfte unserer

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

ordentlichen Aufwendungen! Und da habe ich die Personalkosten im Jugend- und Sozialamt sowie in der MainArbeit in Höhe von mehr als **12 Mio. €** noch **nicht** mitgerechnet.

Da reichen die Erträge aus Transferleistungen oder auch alle Zuschüsse von Bund und Land, inklusive der Schlüsselzuweisung nicht, um dies auszugleichen. Diese betragen nämlich „nur“ **118,3 Mio. €**.

Also knapp 50 Mio.€ der gesetzlich festgelegten Sozialkosten finanzieren wir aus Mitteln, die wir nicht haben. Sollte jemand im Saal sein, der das Ohr der Landesregierung erreichen kann, so möge er doch bitte dort mitteilen, dass Offenbach auf eigene Rechnung Kredite aufnehmen muss, um die Gesetze des Landes und des Bundes zu bezahlen!

Offenbach hat im Vergleich zu den anderen Städten weiterhin die geringsten **Personalkosten** pro Einwohner. Daran ändert auch die Umsetzung des Stellenbewertungsverfahrens nichts. Der Regierungspräsident hat uns in seiner Haushaltsgenehmigung für 2011 aufgegeben, die Personalkosten auf dem Niveau von 2008 zu halten (zuzüglich der Tarifsteigerungen). Stellenneuschaffungen außer für die Feuerwehr wird es deshalb nicht geben.

Nun noch kurz zum Finanzergebnis, dass sich ebenfalls im Vergleich zum Nachtrag 2011 nochmals verschlechtert: um **4,6 Mio. €** von **minus 15,4** auf **minus 20,0 Mio. €**. Dies liegt daran, dass für Zinszahlungen **4,1 Mio. €** mehr eingeplant werden. Grund sind neben der höheren Darlehenssumme auch die Umschuldungen von Kassenkrediten zu Investitionskrediten, die die Banken teurer verkaufen. So unterstützt das klamme Offenbach gezwungenermaßen aufgrund gesetzlicher Regelungen die Banken in Frankfurt und anderswo.

Verlangen Sie bitte nicht von mir, dies für wirtschaftlich oder für moralisch vertretbar zu halten. Dies ist nichts anderes als der Transfer von Mitteln des Steuerzahlers direkt in den Bankensektor - ohne irgendeine Gegenleistung! Marxisten nennen dies die Ausbeutung des Staates nach den Gesetzen des Kapitals!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der Offenbacher Haushalt ist seit Jahren von der Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen geprägt: rund 97% der Gelder aus dem Stadtsäckel fließen in Pflichtleistungen, d. h. Leistungen, die der Gesetzgeber in Bund und Land der Art und der Höhe nach festgelegt hat.

Für freiwillige Leistungen im Rahmen der Selbstverwaltungskompetenz bleiben dabei nur marginale Beträge. Wie in den vorangegangenen Jahren betragen sie nur 3 % unserer Ausgaben. Im Wesentlichen unterstützt die Stadt mit ihren freiwilligen Leistungen Bildung, Kultur, Sport und die Vereine.

Ein zentrales Ziel unserer Stadt ist die Schaffung von mehr **Bildungsgerechtigkeit**.
Bildungsgerechtigkeit beginnt:

- Mit der Förderung der Kleinsten und setzt sich fort
- Mit Betreuungsangeboten an Grund- und Hauptschulen
- Mit einer guten Integration

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

- Mit einer sinnvollen Freizeitgestaltung
- Mit der Unterstützung von Vereinen sowie
- Mit einem Angebot für Möglichkeiten des lebenslangen Lernens bei unserer vhs und geht weiter bis hin
- Zur Verbesserung des Lebensumfelds in den Stadtvierteln.

Deshalb verwenden wir unsere knappen Mittel vor allem dafür, Maßnahmen, Projekte und bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, mit denen eine größere Bildungsgerechtigkeit erreicht werden kann. Nicht selten akquirieren wir hier auch Fördermittel von Bund, Land und der EU.

Ich möchte einige Beispiele nennen aus dem Bereich **Jugend, Bildung, Beruf und Soziales**, für die wir insgesamt **4,0 Mio. €** vorsehen:

- Für Kinderschutz und Förderung der Elternkompetenz: **220 T€**.
- In den Kindertagesstätten fördern wir Maßnahmen zur Integration und bieten Deutschunterricht an: **200 T€**.
- Stadtranderholungen und weitere Freizeiten: **255 T€**.
- Die wichtige Jugendarbeit des IB Waldhof: **160 T€**.
- Für die Bildung arbeitsloser Jugendliche: **130 T€**, im Start-Projekt nochmals **420 T€**.
- Für Maßnahmen in benachteiligten Stadtvierteln, das Projekt „Soziale Stadt“: **180 T€**.
- Für Betreuungsangebote an Grund- und Hauptschulen: **150 T€**.

Dazu kommen Projekte wie „Lernen vor Ort“, „Deutsch-Sommer“ und die nationenübergreifende Hausaufgabenbetreuung vieler ausländischer Vereine.

Im Kulturbereich:

- unterstützen wir das Ledermuseum: **730 T€**
- die HFG erhält **260 T€**, die Musikschule **300 T€**, die Jugendkunstschule **116 T€**.
- Für größere Veranstaltungen haben wir neben dem Capitol die Stadthalle, die wir in 2012 mit **550 T€** aus dem städtischen Haushalt bezuschussen werden.
- Für die Förderung einer Vielzahl von verschiedensten kulturellen Vereinen und Veranstaltungen sind rund **560 T€** vorgesehen.

Im Bereich Sport:

- finanzieren wir den Wiener Ring und dessen Nutzer, jährlich mit **800 T€**. Die 5 Plätze sind gut ausgelastet.
- Der EOSC erhält **440 T€**, unter anderem auch damit im Waldschwimmbad auch die nächste Generation Offenbacher Kinder im Schulsport schwimmen lernen kann. Apropos Schwimmen: die Bademöglichkeit am Schultheisweiher ist uns auch im nächsten Jahr wieder **220 T€** wert. Wir hoffen auf einen algenfreien Sommer 2012.
- **300 T€** stehen für Sportförderung inklusive Vereinszuschüssen zur Verfügung.

Sie sehen, es sind viele Institutionen und Vereine, die wir im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten unterstützen - und doch ist es häufig zu wenig!

Soweit meine Ausführungen zum Ergebnishaushalt.

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Nun zum **Finanzhaushalt 2012** und zu den Investitionen. Insgesamt sind für Investitionen **70,4 Mio. €** vorgesehen, davon **58,2 Mio. €** für Schulen und **12,2 Mio. €** für den Rest.

Wie immer war die Aufstellung des Finanzhaushalts besonders aufwändig. Die Kluft zwischen dem städtebaulich Sinnvollen und dem wirtschaftlich Machbaren ist eigentlich riesig. Mit bekanntlich knappen Mitteln lassen sich leider nicht alle sinnvollen Projekte realisieren.

Im Verlauf der Diskussion um den neuen Haushalt wird die Stadtverordnetenversammlung und die Aufsichtsbehörde eine Priorisierungsliste der Investitionen erhalten, die zugleich die Grundlage für die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung des Haushaltsplans 2012 ist. Über sie wird gesondert am 08.12.2011 eine Beschlussfassung erfolgen.

Nun zu den Investitionsvorhaben:

Die höchste Priorität hat unverändert der Bau, die Erweiterung und die Sanierung von Schulen für die nächste Generation!

Ich freue mich, dass wir in 2012 und 2013 unsere ÖPP-Projekte fertig stellen können. Allerdings heißt es in 2012 auch, die Rechnungen hierfür zu bezahlen:

- Die Beethovenschule: **21,9 Mio. €**
- Die Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule und der Käthe-Kollwitz-Schule: **21 Mio. €**

Dazu kommen die Ausgaben für die Sanierung des Altbaus der Theodor-Heuss-Schule: **5,8 Mio. €** und der lang diskutierte Neubau einer Turnhalle der Grundschule Bieber-Waldhof für insgesamt **2,0 Mio. €**.

Eine weitere Aufgabe der Stadt ist die Bereitstellung von Krippenplätzen. Offenbach muss 2013 für 30 % der Kleinkinder Krippenplätze anbieten. Wenn dies in Kooperation mit privaten Anbietern gelingt, ist es gut. Sicherheitshalber wurde der **Bau eines Hortes** in den Haushalt aufgenommen; für 2012 bis 2014 wurden **1,5 Mio. €** eingestellt.

Das Thema **Hochwasserschutz** wird uns noch einige Jahre begleiten. Die Aufsichtsbehörde drängt uns, die Planungsarbeiten voranzutreiben. Sie, meine Damen und Herren, haben in ihrer Sitzung am 24. Februar diesen Jahres beschlossen, eine Variante zu bauen, die finanziell mit **12,1 Mio. €** auf heutiger Planungs- und Kostenbasis deutlich über das rein technisch Notwendige hinausgeht. Dabei wurden die Ergebnisse der umfangreichen Bürgerbeteiligung aufgegriffen. Hierzu hat der Regierungspräsident erhebliche Bedenken geäußert. Ich habe Sie darüber informiert. Wir werden hierüber noch intensiv zu beraten haben. Für 2012 sind Mittel in Höhe von **0,5 Mio. €** für weitere Planungsarbeiten in den Haushalt eingestellt.

Die Umgestaltung des Stadthofs steht im Zusammenhang mit der Sanierung der Tiefgarage. Hierzu gab es bereits eine umfangreiche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Insgesamt werden für beide Projekte rund **5,1 Mio. €** benötigt, wobei wir rund **1,3 Mio. €** Fördermittel aus dem Fördertopf für „Aktive Kernbereiche“ erhalten werden.

Die Fertigstellung des Stadions Bieberer Berg fördern wir im kommenden Jahr, wie in 2009 beschlossen, mit **1,5 Mio. €**.

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Weitere wichtige Projekte sind unter anderem:

- Die Errichtung einer Reparatur- und Waschhalle der Feuerwehr mit einem Ansatz von **450 T€** und
- Die Sanierung der Umkleide- und Sanitärgebäude der Sportanlage Brandsbornstraße, die am 29.07.11 wegen Einsturzgefahr gesperrt werden musste, für **200 T€**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
lassen Sie mich noch etwas zur Entwicklung der Innenstadt sagen. Diese ist nicht alleinige Aufgabe der Stadtverwaltung, sondern im Wesentlichen Aufgabe privater Eigentümer.

Natürlich kenne auch ich die Klagen über zahlreiche Spielhallen und Wettbüros; aber ich kann Ihnen versichern, keine dieser die Innenstadt verschandelnden hässlichen Einrichtungen befindet sich in einem Gebäude, das der Stadt gehört. Es sind ausschließlich private Vermieter, die dieses Unwesen ermöglichen. Die Stadt kann dagegen bisher nur sehr wenig tun. Die gesetzgeberische Verantwortung liegt bei Land und Bund, die zwischenzeitlich über Gesetzesänderungen nachdenken.

Das einzige, was ich tun kann, ist durch Erhöhung der Steuern auf Spielapparate das Geschäft weniger lukrativ zu machen. Eine Vorlage hierzu ist im Kassen- und Steueramt in Vorbereitung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Aufstellung eines Haushalts beinhaltet selbstverständlich die Auflistung aller gesetzlich notwendigen Aufgaben und deren Finanzmittelbedarf. Er beinhaltet selbstverständlich auch die Auflistung aller freiwilligen Aufgaben und deren Finanzmittelbedarf.

Die Aufstellung und die Einbringung eines Haushalts wären aber nur von mathematischer Natur, würden Sie nicht von einer politischen Wertung und Einordnung der Notwendigkeiten, der Möglichkeiten und der Beschränkungen eines Gemeinwesens wie Offenbach begleitet. Einiges habe ich dazu schon im Rahmen der Darstellung der freiwilligen Leistungen und des Investitionsprogramms erläutert.

Die finanzielle Situation Offenbachs erfordert darüber hinaus einige grundsätzliche Überlegungen und Aussagen.

Offenbach kämpft mit Problemen, deren Ursachen häufig 40 Jahre und mehr alt sind:

1. Eine Migrationspolitik, die die Einbindung und die Förderung der Integration der Migranten jahrzehntelang vernachlässigt hat.
2. Die Deindustrialisierung, die wie in vielen, früher bedeutenden Industriestädten zur sozialen und finanziellen Schieflage geführt hat.
3. Eine Schulpolitik, die die Bildungsgerechtigkeit seit den 70er Jahren postuliert, aber nicht ausreichend umsetzt.
4. Eine Sozialpolitik, die viel zu lange die Alimentation beinahe perfekt organisierte, aber bei der Reintegration der Betroffenen in den regulären Arbeitsmarkt weitgehend versagte
5. Eine mangelbehaftete Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Märkte immer mehr sich selbst überlassen hat. Die Zahl der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr allein durch ihrer Hände Arbeit bestreiten können, ist in den letzten Jahren stark

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

gestiegen. Diese Menschen sind auf aufstockende Hilfen im Rahmen des SGB II angewiesen. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind auf dem Vormarsch.

Dies sind keine neuen Erkenntnisse, sie sind vielfach benannt, vielfach beklagt worden. Aber trotz vieler guter Ansätze zur Lösung: die Probleme wirken fort. Im Kern geht es bei all diesen Problembereichen um die Frage: wie schaffen wir eine ausgeglichene, faire Teilhabe, wie sichern wir ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit?

Die Kommunalpolitik ist Schnittpunkt zwischen Politik und Gesellschaft:

1. Weil die Kommunalpolitik die zivil- und die stadtgesellschaftlichen Prozesse durch konkrete Politik unterstützt und steuert.
2. Weil die Kommunalpolitik in hervorgehobener Weise die Verteilung und den Ausgleich von Zuwendung und Ressourcen schafft – direkt vor Ort, im Kontakt mit den Menschen aus den unterschiedlichen Lebensbereichen und Stadtquartieren.
3. Weil gerade in der Kommunalpolitik die Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts nur gelöst werden können in Übereinstimmung der politischen Mehrheit auf der einen und der zivilgesellschaftlichen Gruppen auf der anderen Seite.

Kommunalpolitik ist nun einmal in herausgehobener Weise Politik **mit und für** die Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen brauchen finanziellen Spielraum, um ihre vielfältigen Aufgaben in den Bereichen Soziales, Bildung, Kinder und Familie, Integration und Umweltschutz zu erfüllen. Die Realität sieht wie gesagt leider anders aus: Um ihre gesetzlichen Pflichten zu erfüllen, machen die Kommunen immer mehr Schulden – und so auch Offenbach.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die zukünftigen Aufgaben nicht kleiner werden und neue hinzukommen:

1. Die Flughafenerweiterung wird mit den begleitenden gesetzgeberischen und verwaltungsrechtlichen Vorgaben das Bauen von Häusern für Menschen in großen Teilen verbieten oder stark einschränken. Man spricht hier seitens des Landes euphemistisch von Schutzzonen. Der Lärm und seine Verursacher werden geschützt, die Menschen müssen weichen. Neue Kindergärten und Schulen werden wir wohl zukünftig im Odenwald und Taunus bauen müssen, in weiten Teilen Offenbachs wird es verboten sein. Die Kosten werden wohl größten Teils bei uns hängen bleiben.
2. Das Schulbauprogramm muss fortgesetzt werden. Wir sind es unserer Aufgabe als Schulträger gesetzlich und gegenüber unseren Kindern moralisch schuldig. Dazu bedeuten gesetzliche Anforderungen wie Ganztagsunterricht, Lärmschutz und auch die Inflation zusätzliche Kosten.
3. Der Osten Frankfurts wird mit der EZB weiter wachsen, der Verkehr geht durchs Offenbacher Kaiserleigebiet. Wer zahlt für die notwendige Infrastruktur?
4. Die Stadt muss ein großes Krankenhaus betreiben oder betreiben lassen, das sieht das hessische Krankenhausgesetz vor. Die finanziellen Lasten der Investition und der Altverbindlichkeiten sowie der aufgelaufenen Jahresfehlbeträge müssen getragen werden. Trotzdem, wir werden das Möglichste tun, um unser Klinikum kommunal zu halten.
5. Die Entwicklung des Hafens wird zwar über die SOH finanziert, aber auch so werden Mittel gebunden, die andernorts fehlen.

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Die Aufgaben der Stadt nehmen zu, die finanziellen Spielräume ab. Wir haben neben dem finanziellen auch ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Diese und ähnliche Themen werden in vielen Kommunen und deren Spitzenverbänden intensiv diskutiert. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Kommunalpolitik wird nur dann Bestand haben, wenn ebenen- und parteiübergreifend klar ist:

- eine hehre politische Zielsetzung reicht nicht
- eine gute Umsetzung geht nicht ohne Geld und
- das Ergebnis muss überzeugen.

Wie sagt der Volksmund: ohne Moos nix los!

All diese Themen werden wir auch öffentlich mit den Bürgerinnen und Bürgern Offenbachs diskutieren. Wie auch in den Vorjahren werde ich den Haushalt 2012 im Rahmen der Veranstaltung „**Bürgerforum Haushalt**“ den Bürgerinnen und Bürgern persönlich und mit anschaulichen Grafiken vorstellen. Es besteht wieder die Gelegenheit zu diskutieren, Fragen zu klären und Anregungen zu erhalten. Die Veranstaltung findet

am Mittwoch, den 02. November um 18.00 Uhr hier im Stadtverordnetensitzungssaal

statt. Selbstverständlich sind Sie, meine verehrten Stadtverordneten und auch die Presse herzlich eingeladen.

Bevor ich zu meinen abschließenden Ausführungen komme, nutze ich die Gelegenheit, mich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei und den Ämtern der gesamten Stadtverwaltung an dieser Stelle zu bedanken. Ich weiß, dass sich der Arbeitsumfang schon ohne Haushalt immer mehr verdichtet. Ich schätze daher das Engagement und den tatkräftigen Einsatz bei der Erstellung dieses Haushalts umso mehr. Herzlichen Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte schließen mit Ausführungen, die ich ähnlich schon einmal hier vortrug. Die von mir in den letzten 5 Jahren eingebrachten Haushalte waren geprägt von 5 zentralen Zielen:

1. **Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit**
2. **Förderung der Wirtschafts- und Stadtentwicklung**
3. **Nachhaltiger Schutz der Umwelt und des Klimas**
4. **Förderung von Kultur und Sport**
5. **Stärkung des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit.**

Meine Damen und Herren, in allen 5 Zielfeldern wurden große Fortschritte erreicht, ein Gang durch Offenbach und Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern beweisen dieses - und wir beweisen noch eines: Kommunalpolitik lebt. Wir, die Koalition und die gesamte Stadtverordnetenversammlung gestalten Kommunalpolitik im Bewusstsein, dass im Ringen um Ausgleich unterschiedlicher Standpunkte und Interessen Lösungen für Offenbach und seine Bürgerinnen und Bürger gesucht und gefunden werden müssen.

Haushaltsrede am 29.09.2011 (P)

Einbringung des Nachtragshaushalts 2011 und des Haushalts 2012 – Stadtkämmerer Michael Beseler

Lassen Sie es uns selbstbewusst sagen: dass es die Kommunen sind, die den Großteil der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Die Städte und Gemeinden – das heißt „wir“ - bilden die Basis unserer föderalen Demokratie:

- Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Bereitstellen von Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagsangeboten in den Schulen.
- Wir erhöhen die individuellen Bildungschancen und bauen die Angebote für lebenslanges Lernen aus.
- Wir geben Hilfen zur Erziehung und schützen das Wohl der Kinder.
- Wir integrieren ausländische Mitbürgerinnen und –bürger bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sowie behinderte Menschen.
- Wir gewährleisten mit unseren Tochter- und Enkelunternehmen wichtige Infrastruktureinrichtungen wie Gesundheitsversorgung, Energie, Wasser- und Abwasserversorgung, Abfallbeseitigung und den öffentlichen Nahverkehr.
- Wir stellen das Existenzminimum im Rahmen der Grundsicherung und bei den Kosten der Unterkunft sicher.

Wir blicken den unangenehmen Wahrheiten ins Auge, wir investieren unsere begrenzten Mittel gezielt und zukunftsorientiert. Das habe ich in all meinen Haushalten dargestellt.

Die Aufstellung der Haushalte unterlag immer der Erkenntnis, dass

- **Ohne Bildungsgerechtigkeit**
- **Ohne Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung**
- **Ohne nachhaltigen Schutz der Umwelt und des Klimas**
- **Ohne Kultur und Sport** und
- **Ohne sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit**

die Stadt Offenbach nicht überleben wird. Jeder Haushalt hat eine rechnerische und eine politische Dimension. Politik in Offenbach ist Politik **mit und für** die Bürgerinnen und Bürger!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!